

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 59 (1980)
Heft: 12

Artikel: Ohrfeige rechts, Ohrfeige links : Praxis und "Praxis" in Jugoslawien
Autor: Künzli, Arnold
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-347750>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ohrfeige rechts, Ohrfeige links

Praxis und «Praxis» in Jugoslawien

Sie war – und ist – eine der seltsamsten Internationalen, die es gibt: die jugoslawische Praxis-Gruppe und ihre gleichnamige Zeitschrift, die, ungeliebt schon vom Pragmatiker Tito und allen möglichen Schikanen ausgesetzt, jetzt ins Exil geht. Arnold Künzli, Professor für Philosophie der Politik an der Universität Basel, berichtet im folgenden Artikel über Entstehen und Existenz dieser Gruppe von Sozialisten, welche die Praxis ebenso ernst nahmen, wie die Theorie. Das Schicksal der Gruppe und ihrer Mitglieder in aller Welt ist ein typisch sozialistisches. Arnold Künzli, selbst Mitglied dieser Gruppe, schliesst seinen Bericht mit der Wiedergeburt der alten «Praxis» im Exil. Das Prinzip Hoffnung, schreibt er, ist bescheiden geworden.

Im Krieg waren sie Partisanen Titos. Tito war ein Kommunist und Kommunismus war damals identisch mit Stalinismus, denn man hatte vor dem Kriege im Untergrund mit Moskau zusammengearbeitet, die Sowjetunion war das Vaterland der Werktätigen, das Land der Oktoberrevolution, in dem der Sozialismus begonnen hatte, das Land der grossen Hoffnung: «Ubi Lenin, ibi Jerusalem» hatte Ernst Bloch geschrieben. Also wa-

ren sie junge, begeisterte jugoslawische Stalinisten. Nach Kriegsende begannen sie zu studieren und arbeiteten am Aufbau eines – stalinistischen – jugoslawischen Kommunismus mit. Dann geschah das Unfassbare: es kam zum Bruch zwischen Tito und Moskau. Da für diese jungen Jugoslawen Kommunismus entweder Stalinismus oder kein Kommunismus mehr war, gab es für sie nur noch eine Erklärung: Tito und die eigene Partei hatten Verat am Kommunismus geübt. Sie rebellierten gegen die Politik der Partei, einige wurden verhaftet und auf eine dalmatinische Insel in eine Art Quarantäne geschickt.

Das ist, vereinfacht dargestellt, die Vorgeschichte einiger der marxistischen Philosophen, Soziologen, Geisteswissenschaftler, die sich 1965 zur sogenannten «Praxis-Gruppe» zusammenschlossen hatten. Man kann ihnen aus ihrem jugendlichen Stalinismus keinen Vorwurf machen, denn sie waren in der Kriegs- und Partisanenzeit gross geworden und kannten nichts anderes. Im Verlaufe ihres Studiums, der weiteren Entwicklung Jugoslawiens, die durch die Einführung eines Systems gesellschaftlicher Selbstverwaltung gekennzeichnet war, und der

Erkenntnis der wahren Natur des Stalinismus haben diese jungen Marxisten sich radikal gewandelt. Sie haben ihren Marx studiert, ihn mit der offiziellen Theorie des sowjetischen Marxismus-Leninismus konfrontiert, sich darüber hinaus auch noch in der klassischen und der zeitgenössischen europäischen Philosophie und Geistesgeschichte umgesehen – und haben dabei das Nachbeten durch eigenes schöpferisches Denken ersetzt. Sie entdeckten, dass die Theorie von Marx sich aus humanistischen Quellen nährte und dass der sowjetische Marxismus-Leninismus mit diesem ursprünglichen Marx wenig bis nichts mehr zu tun hatte. Sie erkannten aber auch, dass die Theorie von Marx nicht nur bedenkliche Lücken aufwies, sondern in einigen Punkten überholt war. Und schliesslich sahen sie ein, dass nicht alles, was nicht-marxistische Philosophen und Soziologen geschrieben hatten – ein Nietzsche etwa, oder ein Max Weber oder ein Heidegger – eitel reaktionäres Gewäsch und blosser Ideologie der bürgerlichen Gesellschaft war. Sondern, dass man im Gegenteil hier einiges lernen konnte und es im Interesse des Marxismus und Sozialismus liege, die Erkenntnisse dieser Philosophen in der eigenen marxistischen Theorie zu verarbeiten.

So kam es unter den jüngeren marxistischen Akademikern Jugoslawiens zu einer grossen Theoriediskussion, in deren Verlauf sich dann eine besondere und besonders engagierte Gruppe herausbilde-

te, deren spiritus rector Rudi Supek war. Rudi Supek – heute Ordinarius für Soziologie an der Universität Zagreb – hatte eine andere Biographie als seine Freunde. Gute zehn Jahre älter als sie, hatte er schon vor dem Krieg in Frankreich – vor allem bei Piaget – studiert, war vom Krieg in Frankreich überrascht worden, hatte in der französischen Résistance gekämpft, war verhaftet und ins Konzentrationslager Buchenwald deportiert worden, wo er zwei Jahre verbrachte – und überlebte. Auch er war Kommunist, aber er hatte früher als die anderen die wahre Natur des Stalinismus erkannt. Deshalb kehrte er nach Kriegsende zunächst nicht nach Jugoslawien zurück, da Tito für ihn – was damals auch zutraf – ein Stalinist war. Erst nach dem Bruch zwischen Tito und Moskau und nach Einführung des Selbstverwaltungssystems fand er die politischen Voraussetzungen für eine Heimkehr für gegeben. Seine persönliche Integrität, seine umfassende Bildung, seine politische Vergangenheit, sein Mut liessen ihn zu einer Art Vaterfigur der Reformistengruppe werden. In allen Stürmen, von denen diese Gruppe bis heute geschüttelt wurde, blieb Rudi Supek der unerschütterliche Fels, an den man sich klammern konnte, wenn einen die Wellen fortzutragen drohten. Und wer bei ihm Rat suchte, der erhielt in seinem Sommerhäuschen auf der Halbinsel Orebić zusätzlich zum Rat auch noch einen selbstgemachten Tintenfischsalat und einen hochgradigen Grk-Wein, die dem

theoretischen Überbau die nötige Basis lieferten. Daran hat sich bis heute nichts geändert.

Aber diese jungen Reform-Marxisten waren nicht über Diskussionen in philosophischen Seminaren Marxisten geworden, sondern im Partisanenkampf und in der politischen Praxis. Deshalb ging es ihnen auch in der Theorie um die Praxis – zunächst einmal um die eigene jugoslawische, die der Selbstverwaltung. Denn die radikale Kritik am Bestehenden, die Marx gefordert hatte, durfte für sie nicht vor einem Bestehenden Halt machen, das sich, wie das jugoslawische, sozialistisch nannte. Obgleich sie, ja gerade weil sie inzwischen unbedingte Verfechter des sozialistischen Selbstverwaltungsprinzips geworden waren, entdeckten sie in der jugoslawischen Praxis der Selbstverwaltung immer mehr Probleme, Fehler, Entartungserscheinungen. Ihr radikaler Reformwille betraf deshalb nicht nur die Philosophie und Theorie des Marxismus, sondern auch dessen Praxis im eigenen Lande.

Das war die geistig-politische Ausgangslage, die dann im Jahre 1965 zur Gründung der philosophischen Zeitschrift «Praxis» führte, die man in einer serbokroatischen und einer englisch-französisch-deutschen internationalen Ausgabe druckte und die – eine Referenz vor der klassischen Philosophie – im Untertitel das Wort «Praxis» auch in griechischer Schrift wiedergab. Im programmatischen Aufsatz, der die erste Nummer der neuen Zeitschrift ein-

leitete, wurde es als Hauptziel erklärt, den deformierten Marxismus wieder zur Besinnung auf seine humanistisch-philosophischen Wurzeln zu bringen. Nicht nur sei in den sozialistischen Ländern die Erbschaft der Unmenschlichkeit noch nicht überwunden, sondern es seien neue Deformationen entstanden, die vorher nicht existiert hätten. Philosophie müsse wieder als der Gedanke der Revolution verstanden werden. Es gehe nicht darum, das Denken von Marx bloss zu konservieren, sondern darum, es weiterzuentwickeln. Das aber fordere eine Diskussion auch mit Nichtmarxisten. Intelligente Kritik könne mehr zum Verständnis des wahren Marxschen Denkens beitragen als bornierter marxistischer Dogmatismus. Es gehe darüber hinaus um eine unbarmherzige Kritik der bestehenden Realität und die erste Aufgabe jugoslawischer Marxisten sei es, den jugoslawischen Marxismus kritisch zu untersuchen. Und in Vorahnung kommender Auseinandersetzungen mit der Partei zitierte man ein Wort des jungen Marx, wonach die freie Presse etwas Gutes bleibe, auch wenn sie etwas Schlechtes produziere, ein Kastrierter aber etwas Schlechtes sei, selbst wenn er eine schöne Stimme habe...

Aber mit der Gründung der «Praxis», die sich rasch ein internationales Renommée als lebendigstes Diskussionsforum eines offenen Marxismus erwarb, gab man sich noch nicht zufrieden. Die «Praxis-Gruppe», wie sie bald einmal genannt wurde, lud marxistische und an Fragen des Mar-

xismus und Sozialismus interessierte nicht-marxistische Philosophen und Soziologen aus aller Welt in West und Ost zu einer internationalen Sommerschule auf der schönen dalmatinischen Insel Korčula ein. Diese «Schule» wurde weit mehr als ein Erfolg, sie wurde zum Ereignis. Hier trafen sich Jahr für Jahr während zehn Tagen in völlig freier, ungezwungener Diskussion bekannte und unbekannte Köpfe zum Austausch ihrer Gedanken über alle nur möglichen Fragen eines modernen, humanistischen, demokratischen Sozialismus in Theorie und Praxis. Da traf man Lucien Goldmann und Ernst Bloch, Serge Mallet und Jürgen Habermas, Agnes Heller und Iring Fetscher, Herbert Marcuse und Sohn-Rethel, aber auch deutsche Philosophen, die alles andere als Marxisten waren: Eugen Fink, Werner Marx, K.-H. Volkmann-Schluck, Rudolf Berlinger. Amerikanische Soziologen wie Kurt H. Wolff und Norman Birnbaum, das österreichische enfant terrible Günther Nenning, Ossip Flechtheim und Michael Landmann aus Berlin, Kostas Axelos aus Paris, Julius Strinka aus Bratislava, und dann all die Jugoslawen – es war die seltsamste und interessanteste «Internationale», die es je gab. Vom offiziellen Westen ignoriert, vom offiziellen Osten als konterrevolutionär diffamiert – der Prager Frühling sei auf Korčula vorbereitet worden, schrieb einmal eine DDR-Zeitung, was trotz Geistesverwandtschaft zwischen den Pragern und der «Praxis» freilich nicht den Tatsachen ent-

sprach –, vom offiziellen Jugoslawien und seinem obersten Chef, Marschall Tito, äusserst misstrauisch beobachtet, hielt sich die Schule und mit ihr die Zeitschrift «Praxis» etwa zehn Jahre lang. Es war eines der schöpferischsten, hoffnungsvollsten Unternehmen auf dem weiten Felde eines offenen, humanistischen, demokratischen Sozialismus, der sich stark vom jugoslawischen Selbstverwaltungsexperiment inspirieren liess.

Aber bald einmal begannen die Nadelstiche einer kommunistischen Partei, die trotz Selbstverwaltung ihren Leninismus nicht überwunden hatte und immer mehr die bekannten Bürokratisierungserscheinungen zu zeigen begann. Allein die Tatsache, dass man strikte am Einparteiensystem festhielt, schuf einen unüberwindbaren Widerspruch zum notwendig pluralistischen Gedanken der Selbstverwaltung. Hinzu kam als zusätzliche schwere Belastung der leidige jugoslawische Nationalitätenkonflikt. In Kroatien – und dann auch andernorts – regte sich der alte Nationalismus wieder, von dem selbst die Partei angesteckt wurde. Tito sah sich gezwungen, hart zuzuschlagen: die kroatische Partei wurde radikal von den Nationalisten gesäubert, manche von ihnen wurden verhaftet und ins Gefängnis geworfen. Aber der schlaue Taktiker Tito wusste, dass er die Gewichte im Lande ausbalancieren musste. Nachdem er die Rechte aufs Haupt geschlagen, wollte er deshalb auch gegen die Linke etwas unter-

nehmen, und da bot sich die «Praxis»-Gruppe als dankbarstes Opfer an: jede Ohrfeige, die die Rechte bekam, wurde automatisch an sie weiterverabreicht. Abgesehen davon war natürlich ihre Kritik an der Politik von Partei und Staat umso radikaler geworden, je mehr diese Politik Anlass zu Kritik gab. Und da Tito trotz all seiner grossen Verdienste und seiner staatsmännischen Qualitäten den alten Komintern-Agenten und damit einen Rest von Stalinismus nie ganz abstreifen konnte, reagierte er entsprechend auf die lästige «Praxis»-Kritik.

Nach einem jahrelangen Kleinkrieg der Partei gegen die «Praxis» kam es schliesslich im Jahre 1975 zu einem Verbot der «Praxis» und der Sommerschule auf Korčula. Freilich – Belgrad ist nicht Moskau. Verboten wurde gar nichts. Aber seltsamerweise weigerte sich eines Tages die Druckerei, in der die «Praxis» gedruckt wurde, die Zeitschrift weiter zu drucken. Und was noch merkwürdiger war: in ganz Jugoslawien fand sich keine Druckerei, die bereit gewesen wäre, den Druck der «Praxis» zu übernehmen. Ähnliches geschah auf der ganzen Insel Korčula: seltsamerweise fand sich plötzlich auf der ganzen Insel kein Saal mehr, der der Sommerschule hätte als Tagungsort dienen können...

Auf dem Höhepunkt dieser administrativen Massnahmen besten sowjetischen Vorbilds gegen die «Praxis» wurden an der Universität Belgrad acht Dozenten, die der «Praxis»-Gruppe angehören und zum Teil international bekannte

Namen haben, ihrer Lehrstühle und Lehraufträge beraubt. Das heisst: aus der Universität herausgeworfen. Zu ihnen gehören Mihailo Marković, Svetozar Stojanović, Ljubo Tadić, Miladin Životić - alles Professoren von internationalem Ruf, alles Marxisten, deren Schriften in zahlreiche Sprachen übersetzt wurden. Nun geniessen in Jugoslawien aber auch die Universitäten das Recht der Selbstverwaltung. Die philosophische Fakultät und die Selbstverwaltungsgremien der Universität Belgrad widersetzten sich kategorisch dem Rauschmiss-Beschluss der Partei und solidarisierten sich mit den «Praxis»-Dozenten. Aber unter rücksichtsloser Verletzung der Selbstverwaltungsrechte der Universität und mit Hilfe eines vom serbischen Parlament erlassenen Sondergesetzes, das höchst wahrscheinlich verfassungswidrig ist, führte die Partei ihre Rauschmiss-Aktion dennoch durch. Die Wut der Partei wird etwas verständlicher, wenn man erfährt, dass 1968, als auch die jugoslawischen Studenten zu rebellieren begannen, die «Praxis»-Dozenten sich auf die Seite der Studenten gestellt hatten - gegen Staat und Partei. Die Kampfmethodik der Studenten hatte übrigens darin bestanden, der Partei ihr eigenes Programm vor die Nase zu halten, dieses mit der Wirklichkeit zu konfrontieren und die Partei aufzufordern, doch endlich mit der Verwirklichung ihres Programms zu beginnen. So etwas vergisst natürlich kein Parteifunktionär. Immerhin - es wurde schon

gesagt: Belgrad ist nicht Moskau. Die von der Universität geschassten Dozenten erhielten bis heute einen Grossteil ihres Gehaltes weiter ausbezahlt, bloss an die Uni zurück durften sie nicht. Weiter gehört zu den Merkwürdigkeiten des jugoslawischen Systems, dass den «Praxis»-Professoren in Zagreb bis heute nichts geschah. Der Grund ist darin zu sehen, dass die «Praxis» an der Zagreber Universität eine starke Position hat und ihre Eliminierung das Feld den nationalistischen Kräften überlassen würde, so dass es hier also der kroatische Nationalismus ist, der indirekt die «Praxis»-Dozenten schützt... Inzwischen ist Tito gestorben. Niemand beneidet seine Nachfolger um ihre Aufgabe, den von einer schweren Wirtschaftskrise geschüttelten Staat, dessen innere Gegensätze noch längst nicht überwunden sind, regieren zu müssen. So ist man denn, um selbst noch vom Charisma Titos profitieren zu können, ängstlich darum besorgt, nichts zu tun, was den Eindruck einer Abkehr von Tito und seiner Politik erwecken könnte. Also führt man auch seine Politik der «Ohrfeige rechts, Ohrfeige links» weiter. Und wieder muss die «Praxis» ihre undankbare Rolle als idealer Ohrfeigenempfänger spielen. Diesmal hat die Partei es darauf abgesehen, die unbotmässigen «Praxis»-Dozenten endgültig aus dem akademischen Leben auszusperrten, was auf ein Berufsverbot hinausläuft. Am 5. Juni dieses Jahres hat das serbische Parlament eine sehr wahrscheinlich verfas-

sungswidrige und wiederum krass gegen die Selbstverwaltungs-Gesetze verstossende «Lex Praxis» verabschiedet - es handelt sich um die fünfte (!) Änderung des Hochschulgesetzes zwecks Ausboottung der «Praxis»-Dozenten! - , die es der Regierung erlaubt, diese Dozenten entweder zu pensionieren oder zur Annahme einer Arbeit ausserhalb der Universität zu zwingen. Das Ganze läuft darauf hinaus, dass die Dozenten, falls sie keine Arbeit ausserhalb der Uni annehmen, auch das bisher ausbezahlte Gehalt verlieren. Und das alles, obgleich die Philosophische Fakultät der Universität Belgrad sich einmal mehr mit den «Praxis»-Dozenten solidarisiert und ihnen angeboten hat, an die Fakultät zurückzukehren und dort zunächst einmal ohne Lehrtätigkeit in der Forschung zu arbeiten. Die «Praxis»-Dozenten haben den Fall vor das Serbische Verfassungsgericht gebracht und ausserdem - und das dürfte Jugoslawien sehr unangenehm werden - auch die Internationale Arbeitsorganisation ILO - eine Unterabteilung der UNO - mobilisiert. Schliesslich wird man den Fall auch im Zusammenhang mit der neuen Sitzung der KSZE zur Sprache bringen müssen, da das Vorgehen der Partei eindeutig gegen die KSZE-Schlussakte verstösst. In Belgrad haben unterdessen Freunde der Dozenten einen Solidaritätsfonds gegründet. Im Grunde geht es hier in Belgrad um denselben Kampf einer etablierten Funktionärschicht gegen die «Linksintellektuellen», den etablierte So-

zialdemokraten auch bei uns in der Schweiz und anderswo gelegentlich führen. Die Intellektuellen sind deshalb so unbequem, lästig, störend, weil sie die Etablierten und deren Politik nicht von rechts her oder unter immanent-technokratischen Gesichtspunkten kritisieren, sondern vom sozialistischen «Gesetz» aus, unter dem sie einmal angetreten sind. Die Auseinandersetzung zwischen «Pragmatikern» und «Intellektuellen» ist deshalb sehr oft eine zwischen etablierten Bürokraten und Sozialisten. In Jugoslawien kommt hinzu, dass infolge des Fehlens eines Mehrparteiensystems mit Kontrolle durch eine Opposition «die» Partei als Monopolpartei sich trotz Selbstverwaltung recht selbstherrlich gebärden kann und deshalb Kritik sehr schlecht erträgt – umso schlechter, je berechtigter sie ist. Der Konflikt zwischen Partei und «Praxis» zeigt geradezu exemplarisch die Spannung, ja den Widerspruch auf, die zwischen dem Prinzip

einer gesellschaftlichen Selbstverwaltung und demjenigen einer Monopolpartei bestehen. Dieser Widerspruch könnte nur aufgehoben werden, wenn die Partei selbst strikt demokratisch strukturiert wäre und die Selbstverwaltung auch in der Partei das bestimmende Prinzip wäre. Aber das ist trotz kollektiver Führung, Ämterrotation und föderalistischer Auflockerung natürlich nicht der Fall.

Das Vorgehen der Partei gegen die «Praxis» ist ein Rückfall in stalinistische Methoden und schadet dem Ansehen Jugoslawiens – ganz besonders bei seinen Freunden und bei all denen, für die das jugoslawische Selbstverwaltungs-Experiment immer eines der positivsten, konstruktivsten politischen Ereignisse im Nachkriegseuropa war. Es ist immer ein Zeichen von Schwäche, Unsicherheit und Unglaubwürdigkeit, wenn Herrschende – gleich welcher Couleur – auf Kritik mit administrativen Massnahmen rea-

gieren. In der Einstellung zum Problem der Dissidenten bestehen zwischen Moskau, Belgrad und Zürich nur graduelle Unterschiede.

Inzwischen ist die «Praxis»-Gruppe nicht untätig geblieben. Die internationale Ausgabe der Zeitschrift «Praxis» soll – in englischer, deutscher und französischer Sprache – demnächst wieder erscheinen, und zwar in England. Chefredakteure werden Mihailo Markovič – einer der Belgrader Professoren – und Richard Bernstein (USA) sein. Die Redaktion wird aus etwa 40 Personen bestehen, zu denen fast die ganze «alte Garde» der «Praxis»-Gruppe und zahlreiche bekannte Namen aus aller Welt gehören werden. Ob es einem gelingen wird, dem Geist der alten «Praxis» auch als Exilzeitschrift treu zu bleiben, wird sich zeigen. Als Beweis dafür, dass dieser Geist noch immer lebt, ist diese Wiedergeburt ein erfreuliches Zeichen. Das Prinzip Hoffnung ist bescheiden geworden.

Hans Schättli

Wenig klare Aussagen

Kritik am neuen Arbeitsprogramm des SGB

Dieses Jahr ist der Schweizerische Gewerkschaftsbund 100 Jahre alt geworden. Am Jubiläumskongress in Bern ist von den Delegierten das Arbeitsprogramm für die achtziger Jahre verabschiedet worden. Am Kongress ist auch die kapitalistische Wirt-

schaftsordnung in Frage gestellt worden. Über den vorliegenden Text hinaus haben die Delegierten auf Antrag des VPOD das Kapitel zur Wirtschaftsordnung verschärft: «Die Macht des Kapitals muss durch die Macht demokratischer Entscheidungen ersetzt

werden.» Hans Schättli, Sekretär bei der Basler Sektion der Gewerkschaft Textil Chemie Papier unterzieht das neue Arbeitsprogramm des SGB einer kritischen Würdigung.

Am Jubiläumskongress des SGB ist von den Delegierten das Arbeitsprogramm für die achtziger Jahre verabschiedet worden. Wenn wir die Hintergründe dieser programmatischen Neuorientierung verstehen wollen, so müssen wir uns vergegenwärtigen, dass